

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 21.10.2013, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 11.10.2013

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.09.2013**
- TOP 4 Einwohnerfragestunde**
- TOP 5 3. Fortschreibung Energiekonzept und Maßnahmenhandbuch
Vorlage: 2013/140**
- TOP 6 Erschließungskonzept für das Wohngebiet Am Stratjebusch
Vorlage: 2013/164**
- TOP 7 Deckenprogramm 2014
Vorlage: 2013/161**
- TOP 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014
Vorlage: 2013/117**
- TOP 9 Einwohnerfragestunde**
- TOP 10 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2013/140

freigegeben am **09.10.2013**

GB 1

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 04.09.2013

3. Fortschreibung Energiekonzept und Maßnahmenhandbuch

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

21.10.2013

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Die 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Juni 2010 hat der Verwaltungsausschuss das Energiekonzept und Maßnahmenhandbuch beschlossen (Vorlage-Nr. 2010/065) und die Verwaltung mit der regelmäßigen Fortschreibung und Prozessoptimierung beauftragt. Die 2. Fortschreibung wurde den politischen Gremien im September 2012 zur Kenntnis gegeben (Vorlage-Nr. 2012/167). Zwischenzeitlich wurde die 3. Fortschreibung fertig gestellt.

Wie schon in den vergangenen Jahren ausgeführt, ist und bleibt das Prozessziel die Einrichtung eines funktionierenden und nachhaltigen Energiemanagementsystems. Um Prozessziele definieren und die effektive Umsetzung kontrollieren zu können, bedarf es umfassender Monitoringsysteme und regelmäßiger Bestandsaufnahmen. Dazu wurde unter anderem der Energiebericht 2012 (Zeitraum 2008 – 2011) erstellt und den politischen Gremien im März 2013 zur Verfügung gestellt. Die Prozessziele des Energiemanagementsystems konkurrieren mit vielen anderen Maßnahmen und Projekten der Gemeinde, die zwar keinen energetischen Hintergrund haben aber ebenfalls wichtig und unaufschiebbar sind und finanziert werden müssen. Nach sorgfältiger Abwägung der vorhandenen Ressourcen schlägt die Verwaltung vor, die im Rahmen des Finanzvolumens in der Priorität vorne stehenden Maßnahmen beziehungsweise bereits begonnene Projekte weiterhin in die kommenden Haushalte einzustellen.

Unter Berücksichtigung der beschriebenen Vorgehensweise wurden im Rahmen der 3. Fortschreibung Korrekturen gegenüber den Vorjahren vorgenommen (im Maßnahmenhandbuch kenntlich gemacht).

Fraglich ist und bleibt, welche Auswirkungen künftige gesetzliche Regelungen und die weiteren Entwicklungen auf dem Energiemarkt auf die Fortschreibung des Energiekonzeptes der Gemeinde Rastede haben werden. Diese Prozesse werden beobachtet, analysiert und auf mögliche Konsequenzen durchleuchtet.

Um die Prozessentwicklung transparenter zu machen, stellt die Verwaltung das Energiekonzept und Maßnahmenhandbuch nebst Fortschreibungen als interaktive CD zur Verfügung. Neben dem eigentlichen Konzept können von der CD Quellen, Berichte, Sitzungsvorlagen, Dokumente und Studien abgerufen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Ausgehend von dem aktuellen Beschlussstand wird die Verwaltung Vorschläge für die Veranschlagung im Rahmen des Haushaltsplanentwurfes 2014 unterbreiten.

Anlagen:

3. Fortschreibung Energiekonzept und Maßnahmenhandbuch (Druckversion)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/164

freigegeben am **10.10.2013**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 08.10.2013

Erschließungskonzept für das Wohngebiet Am Stratjebusch

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.10.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Für das Wohngebiet Am Stratjebusch wird die öffentliche Verkehrsfläche mit einer Breite von 7 Metern bemessen. Auf den Einbau von Pflanzbeeten innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche wird verzichtet, da auf den privaten Wohnbaugrundstücken eine straßenseitige Eingrünung vorgenommen werden soll.

Sach- und Rechtslage:

Die Verwaltung bereitet derzeit die Ausweisung weiterer Wohnbauflächen am Stratjebusch vor. Damit bereits zur ersten Beratung des Bauleitplanverfahrens umfangreiche Unterlagen vorliegen, ist das Erschließungskonzept frühzeitig festzulegen. Hierfür wurden drei verschiedene Erschließungskonzepte erstellt.

Das Wohngebiet Am Stratjebusch soll als verkehrsberuhigter Bereich ausgestaltet werden, sodass eine Straßenbreite von 7 Metern für die verkehrliche Erschließung der Wohnbaugrundstücke ausreichend wäre. In diesen 7 Metern lassen sich jedoch keine Pflanzbeete unterbringen; öffentliche Stellplätze sind nur in Abhängigkeit der Lage der einzelnen Grundstückszufahrten möglich. Um dennoch eine Begrünung der Verkehrsflächen zu erzeugen, könnte im Bebauungsplan festgelegt werden, dass die Grundstücke straßenseitig – mit Ausnahme der Zufahrten – mit einer Hecke einzufrieden sind. Hierdurch wird ein ähnlicher Eindruck vermittelt, wie bei der Errichtung von Pflanzbeeten innerhalb der Verkehrsfläche.

Alternativ könnten bei einer Straßenbreite von insgesamt 9 Metern auf jeweils einer Straßenseite öffentliche Pflanzbeete sowie Stellplätze eingefügt werden. Auf einer Straßenbreite von 11 Metern wären beidseitige öffentliche Pflanzbeete und Stellplätze möglich. Bei einer Straßenbreite von 9 und 11 Metern würde auf die Festsetzung von straßenseitigen Hecken verzichtet werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die öffentliche Verkehrsfläche mit 7 Metern zu bemessen und im Bebauungsplan verbindlich festzusetzen, dass sämtliche Grundstücke durch die Eigentümer entlang der Straße (mit Ausnahme der Zufahrt) durch Hecken einzufrieden sind. Diese Variante stellt sich vorteilhaft dar, da neben den naturschutzfachlichen Vorzügen durch die Errichtung von Hecken (anstelle von Zäunen) die versiegelte Straßenfläche möglichst gering gehalten wird. Zudem könnten insgesamt größere Grundstücke entstehen beziehungsweise ein bis zwei zusätzliche Grundstücke ausgewiesen werden.

Daneben lassen sich zudem finanzielle Vorteile generieren, da zum Einen die gemeindlichen Pflegearbeiten der Grün- und Pflanzbeete nicht anfallen und die Hecken durch die Grundstückseigentümer gepflegt werden (Ergebnishaushalt wird nicht zusätzlich belastet) und zum Anderen mehr Grundstücksfläche veräußert werden kann (Finanzhaushalt). Nachteilig wäre gegebenenfalls, dass die Errichtung und dauerhafte Erhaltung der anzupflanzenden Hecken verwaltungsseitig zu kontrollieren ist. Dieses geringfügige Manko ist aus Sicht der Verwaltung nachrangig, sodass die oben genannten Vorteile überwiegen und somit diese Variante vorzugswürdig ist.

Hinsichtlich der gesamten Grünflächenstruktur im Planbereich ist noch darauf hinzuweisen, dass das gesamte Gebiet von einer erhaltenswerten Wallhecke durchzogen wird, ein umfangreich eingegrüntes Regenrückhaltebecken vorgesehen ist und obendrein der angrenzende Stratjebusch mit dafür sorgt, dass in Gesamtheit ein gut „eingegrüntes“ Wohnbaugebiet mit entsprechenden positiven kleinklimatischen Verhältnissen entsteht.

Das Bauleitplanverfahren für die Ausweisung des Wohngebietes kann nach Festlegung des Erschließungskonzeptes im Dezember begonnen werden, sodass ein Satzungsbeschluss im Sommer 2014 möglich ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Variante Straßenbreite 7 m
2. Variante Straßenbreite 9 m
3. Variante Straßenbreite 11 m

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/161

freigegeben am **11.10.2013**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Dennis Thoben

Datum: 07.10.2013

Deckenprogramm 2014

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.10.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Das Deckenprogramm 2014 und der Maßnahmenkatalog für den Bauhof 2014 werden gemäß der Anlage 2 und 3 ausgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Ausgehend von den Beratungen und Beschlüssen zum Straßenkataster für das Gemeindegebiet (Vorlage 2013/137) ist seitens der Verwaltung eine Bewertung der Straßenzustände vorgenommen worden. Diese Bewertung berücksichtigt nicht nur den Straßenzustand, sondern auch die verkehrliche Bedeutung und die Einschätzung hinsichtlich der möglichen Sanierung, der Notwendigkeit eines Aus- oder Umbaus oder gegebenenfalls des Rückbaus von Straßen. In der Anlage 1 sind die mit der höchsten Punktzahl (Endbewertung) versehenen Straßen aufgeführt, wobei neben allen in der Anlage 1 zur Vorlage 2013/137 mit „mangelhaft“ bewerteten Straßen (ca. 50) auch Wegeverbindungen mit einer „ausreichenden“ beziehungsweise „befriedigenden“ Note berücksichtigt wurden.

Die vorgenommene Bestandsaufnahme mündet letztendlich in ein Decken-, Ausbau-, Flick- und Moorstraßenprogramm sowie in einem Maßnahmenkatalog für den Bauhof.

Beim Deckenprogramm sind unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien die Straßen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit aufgelistet worden. Bei der Auswahl für das Deckenprogramm 2014 wurde auch berücksichtigt, dass insbesondere bei Innerortsstraßen, auch nach Betrachtung des Zustandes des Schmutz- und Regenwasserkanalnetzes, gegebenenfalls auch Ausbaumaßnahmen erforderlich werden. Die für 2014 im Deckenprogramm vorgesehenen Maßnahmen sind in der Anlage 2 aufgeführt; voraussichtliche Sanierungsmaßnahmen für 2015 sind der Anlage 5 zu entnehmen. Für 2014 und 2015 wurden jeweils 500.000 Euro für dieses Programm veranschlagt.

Beim Ausbauprogramm liegt mit der erforderlichen Komplettsanierung der Straßen Buschweg, Voßbarg und Bachstraße bereits ein den Ratsgremien bekannter Katalog vor, die noch um die Straße Am Stratjebusch (Ausbau nach Fertigstellung des Sportplatzes am Köttersweg erforderlich) ergänzt werden muss. Ferner ist noch zu prüfen, ob in der Endbewertung (Anlage 1) relativ weit vorne platzierte Straßen wie die Diedrich-Freels-Straße oder An der Bleiche aufgrund ihres Untergrunds und des Zustandes der Nebenanlagen in das Ausbauprogramm mit aufgenommen werden müssen.

Im Rahmen des Flickprogramms wird versucht, den Zustand der Straße über einen gewissen Zeitraum zu halten, bevor eine weiterführende Maßnahme umgesetzt werden kann. So werden beispielsweise im Rahmen dieses Programmes Winteraufbrüche mit entsprechendem Mischgut verfüllt, Bord und Rinne geflickt beziehungsweise neu gesetzt, Pflasterflächen instand gesetzt, Schlaglöcher mit dem Patcher geschlossen oder auf kleineren Flächen eine Oberflächenbehandlung durchgeführt. Insgesamt sind für diese Maßnahmen zur Straßenunterhaltung 280.000 Euro im Haushalt veranschlagt.

Das Moorstraßenprogramm hat bereits über die Jahrzehnte erhebliche Finanzmittel verschlungen. Vor dem durchgeführten Ausbau des Logemanns Damm mit Tiefausbau (Aus-koffierung bis auf den mineralischen Grund) wurde ein Verkehrsring mit der Weidenstraße, Südbäker Straße, Delfshauser Straße und Dörpstraat sowie dem Dwoweg festgelegt, der ebenfalls noch zur Umsetzung ansteht. Für diese Straßen konnte beziehungsweise kann über das bereits erläuterte Flickprogramm der Zustand über eine gewisse Zeit gehalten werden. Es hat sich aber insbesondere nach den Erfahrungen des Logemanns Damm gezeigt, dass ein Ausbau dieser Straßen mit Tieferlegung der Höhe der Fahrbahn sowie der Auskoffierung bis auf den mineralischen Grund über die Jahrzehnte eine sinnvollere Lösung darstellen wird. Die hierzu ausgewählten Straßen sind in der Anlage 4 aufgelistet. Hierfür ist nach Durchführung von entsprechenden Bohrungen und Kostenschätzungen eine Reihenfolge festzulegen. Denkbar ist hierbei auch, wie bereits vor einigen Jahren durchgeführt, jeweils im Wechsel zwischen Deckenprogramm und Moorstraßenausbauprogramm, die Finanzmittel bereitzustellen.

Der Maßnahmenkatalog für den Bauhof (Anlage 3) umfasst Maßnahmen, die seitens des Bauhofes mit dem sogenannten Bauhofsverfahren ausgeführt werden sollen. Dabei ist jedoch entgegen der früheren Bauweise vorgesehen, bei Verwendung von Schwarzdecken diese mittels Fertiger einzubauen und nicht wie bisher mit einem Planierschild zu begradigen. Dieses Verfahren ist geringfügig kostenaufwendiger, hat aber den Vorzug, dass die Fahrbahnoberfläche geschlossener ist und ein gewisses Maß an Mehrverdichtung erreicht werden kann. Für dieses Programm sind im Haushalt 2014 insgesamt 100.000 Euro veranschlagt worden.

Zu den einzelnen Straßen wird in der Sitzung entsprechend vorgetragen. Hierbei können auch die vorgesehenen Bauweisen näher erläutert werden, soweit die bisherigen Ausführungen in den Darstellungen zum Deckenprogramm der Vorjahre nicht ausreichend waren.

Die grafische Darstellung der Straßenzustände, die auf dem Knotenkantenmodell hinsichtlich des Abwasserkatasters beruhen, kann zur Sitzung nicht erstellt werden, da sich die grafische Abarbeitung als aufwendiger, als zunächst eingeschätzt, ergeben hat.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel für

- das Deckenprogramm stehen in Höhe von 500.000 Euro
- den Maßnahmenkatalog für den Bauhof in Höhe von 100.000 Euro
- das Flickprogramm in Höhe von 280.000 Euro

im Haushaltsplan 2014 zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1 – Straßenzustand sortiert nach Endbewertung

Anlage 2 – Maßnahmen im Deckenprogramm 2014

Anlage 3 – Maßnahmenkatalog für den Bauhof

Anlage 4 – Maßnahmen im Moorstraßenerhaltungsprogramm

Anlage 5 – Maßnahmen im Deckenprogramm 2015

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/117

freigegeben am **19.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 23.07.2013

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	21.10.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	22.10.2013	Schulausschuss
Ö	28.10.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	29.10.2013	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.11.2013	Feuerschutzausschuss
Ö	02.12.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	10.12.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Der Entwurf des Haushaltsplanes ist ausgeglichen. Bis zur endgültigen Beschlussfassung können sich noch im Bereich Schlüsselzuweisungen und Beteiligung an der Einkommensteuer deutliche Veränderungen ergeben. Erst Mitte November werden alle Berechnungsgrundlagen vorliegen, die eine endgültige Berechnung der Schlüsselzuweisung und eine endgültige Einschätzung der Beteiligung an der Einkommensteuer zulassen.

Die Planung stellt sich wie folgt dar:

Ergebnis- und Finanzhaushalt: (noch ohne Innere Verrechnungen)	ErgebnisHH		FinanzHH Bereich lfd. Verwaltung	
	Ertrag	Aufwand	Einzahlung	Auszahlung
Summen 2014	-31.243.564,00	31.475.312,85	-26.459.171,00	26.773.133,85
Saldo der ersten Anmeldung:		231.748,85		313.962,85

Berücksichtigung ordentliche Tilgung beim Saldo Finanzhaushalt, Bereich lfd. Verwaltung:	480.000,00
---	-------------------

Saldo der ersten Anmeldung mit ordentliche Tilgung:	231.748,85	793.962,85
Änderungen in der Planungsphase:	-796.640,00	-796.640,00
Endergebnis der Haushaltsplanung:	-564.891,15	-2.677,15
("-" = Überschuss)		

Der Ergebnishaushalt weist einen Überschuss in Höhe von 564.891,15 Euro aus und der Finanzhaushalt im Bereich laufende Verwaltung in Höhe von 482.677,15 Euro. Nach Abzug der ordentlichen Tilgung verbleibt eine „Nettoinvestitionsrate“ in Höhe von 2.677,15 Euro. Diese Nettoinvestitionsrate ist z. Zt. ein rechnerischer Wert und hängt letztlich von dem tatsächlichen Bedarf an ordentlicher Tilgung ab. Das in der vorstehenden Tabelle genannte Tilgungsvolumen von 480.000 Euro ist ausreichend, den Tilgungsbedarf der Kredite aus den Haushaltseinnahmeresten 2012, den veranschlagten Krediten 2013 und anteilig 2014 zu decken.

Ergebnis- und Finanzhaushalt

Die Ausgabeveranschlagung im Ergebnishaushalt orientiert sich weitestgehend am Bedarf, d. h. der in der vorstehenden Aufstellung genannte Betrag in Höhe von 796.640 Euro alle Teilbereiche des Haushaltes betreffend konnte nicht berücksichtigt werden, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Das vorstehende Volumen des Ergebnishaushaltes in Höhe von 31.475.312 Euro (ohne innere Verrechnungen) liegt damit rd. 1,7 Mio. Euro über dem Volumen von 2013. Im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes beträgt die jahresvergleichende Differenz 1,28 Mio. Euro.

Die Mittelkürzung im Vorfeld der Planungen ist nur deshalb nicht kräftiger ausgefallen, weil bei der Veranschlagung der allgemeinen Deckungsmittel das maximal mögliche Volumen veranschlagt wurde. Das maximale Volumen wird insbesondere durch die Orientierungsdaten und die Steuerschätzungen bestimmt. Zu keiner Zeit hatte die Gemeinde bisher diese Grenzen ausgeschöpft. Bei der Veranschlagung hat die Verwaltung die Auswirkungen des Zensus 2011, die Orientierungsdaten von 2012 und die Steuerschätzung Mai 2013 berücksichtigt. Im Ergebnis ergibt sich bei den allgemeinen Deckungsmitteln folgende Ausstattung:

	2012		2013		2014
	Ansatz	endgültig (21.01.13)	Ansatz	Stand 23.07.13	Ansatz
Grundsteuer A	144.000	137.024,66	137.000	142.045,38	141.000
Grundsteuer B	2.275.000	2.320.365,57	2.310.000	2.335.208,77	2.350.000
Gewerbesteuer	7.100.000	7.533.613,24	7.100.000	7.180.510,50	7.300.000
Einkommensteuerbeteiligung	5.330.000	6.468.810,00	6.520.000	6.520.000,00	6.640.000
Umsatzsteuerbeteiligung	450.000	513.788,00	460.000	460.000,00	548.000
Vergnügungssteuer	40.000	45.990,00	42.000	45.714,00	45.000
Hundesteuer	54.000	58.230,56	58.000	61.923,71	61.000
Schlüsselzuweisungen	2.742.000	2.844.184,00	2.176.000	2.214.000,00	3.530.000
Zusch. übertr. WK	345.000	354.496,00	355.000	362.088,00	368.000
Summe	18.480.000	20.276.502,03	19.158.000,00	19.260.031,00	20.983.000,00

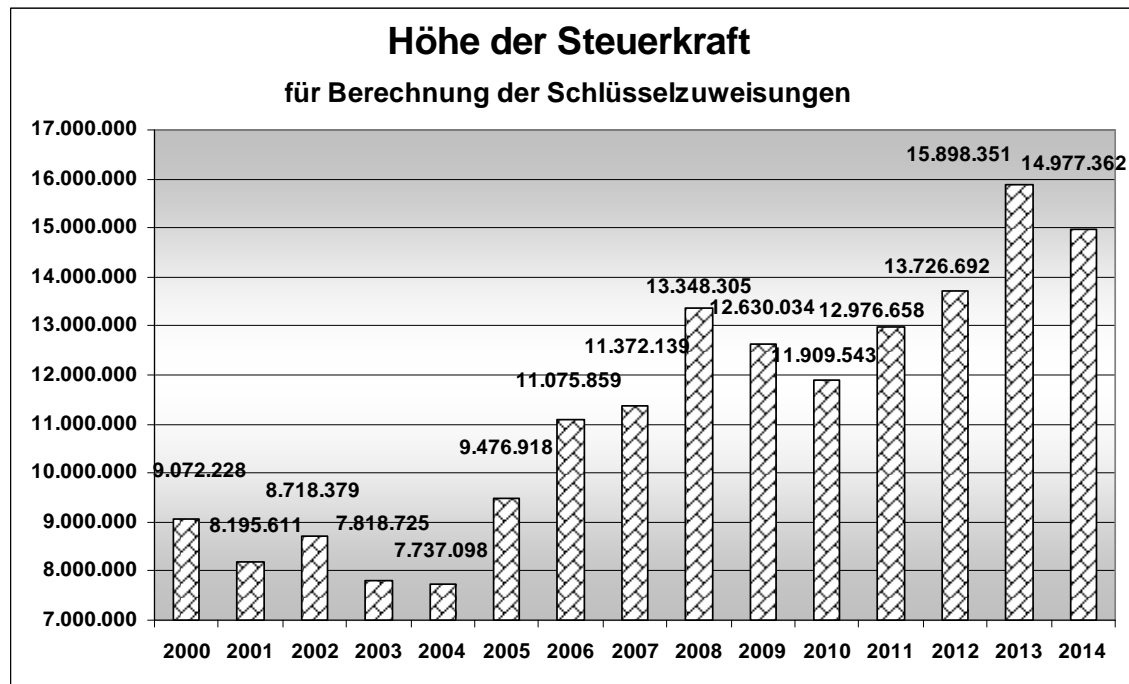
Gewerbesteuerumlage	1.596.000	2.091.512,00	1.581.000,00	1.581.000,00	1.625.000,00
Entschuldungsumlage	40.000	40.448,00	40.000,00	40.000,00	41.700,00
Kreisumlage für HHPlan	5.832.000	5.867.024,00	6.329.000,00	6.329.000,00	6.640.000,00
Summe	7.468.000	7.998.984,00	7.950.000,00	7.950.000,00	8.306.700,00

Saldo	11.012.000	12.277.518	11.208.000,00	11.310.031,00	12.676.300,00
--------------	-------------------	-------------------	----------------------	----------------------	----------------------

planerische Volumensteigerung: 1.553.300,00

Aus dem vorstehenden Bereich der Einnahmen und Ausgaben heraus verfügt der Haushalt 2014 gegenüber 2013 planerisch über zusätzliche Mittel von 1.553.330 € Verantwortlich dafür sind die Schlüsselzuweisungen und die Beteiligung an der Einkommensteuer.

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind folgende Faktoren zu erklären:



- Die Steuerkraft (die erst am 30.09.2013 feststeht) sinkt wegen reduzierter Steuereinnahmen in der Vergleichszeit 01.10.2012 bis 30.09.2013

Eine sinkende Steuerkraft führt zu höheren Schlüsselzuweisungen.

- Steigendes Schlüsselzuweisungsaufkommen aufgrund der Orientierungsdaten

Die z. Zt. noch gültigen Orientierungsdaten von 2012 gehen von einer Steigerung von 6 % für 2014 aus. Sie wurden dem Grundbetrag vollständig zugeordnet.

- Auswirkungen des Zensus 2011

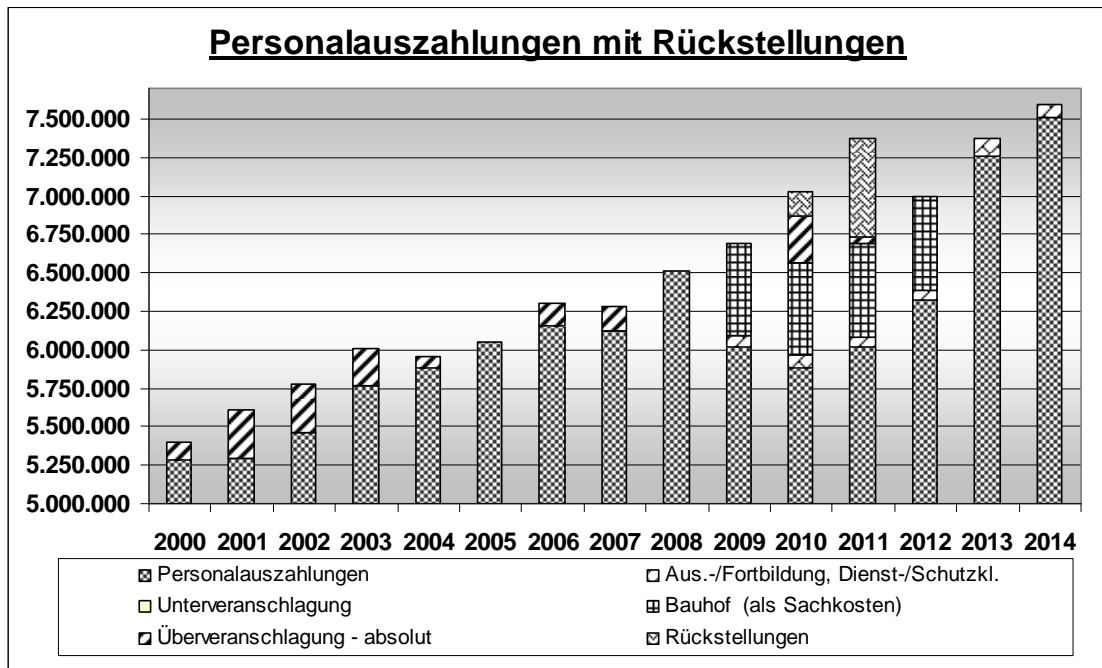
Nach den Modellrechnungen des Landesamtes für Statistik würde die Gemeinde Rastede für 2013 279.000 Euro mehr Schlüsselzuweisungen bekommen. Umgerechnet auf den Grundbetrag bedeutet dies eine Anhebung des Betrages um 16 Euro. Diese 16 Euro wurden vollständig berücksichtigt. Ob dieser zusätzliche Betrag bleiben wird, ist noch ungewiss, weil noch nicht bekannt ist, wie das Land auf Einwendungen von durch den Zensus negativ betroffenen Kommunen reagieren wird.

Bei der Berechnung der Beteiligung an der Einkommensteuer wurde die Steuerschätzung Mai 2013 vollständig berücksichtigt. Auf das vorausgesehene landesweite Steueraufkommen wurde die gemeindliche Verteilzahl angewendet. Es entstehen dadurch Mehreinnahmen von 370.000 Euro.

Der Menge an zusätzlichem Geld für 2014 stehen Mehrausgaben gegenüber. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um besondere Vorkommnisse des Jahres 2014 sondern, wie bereits angedeutet, in wesentlichen Bereichen um kontinuierliche Ausgabensteigerungen.

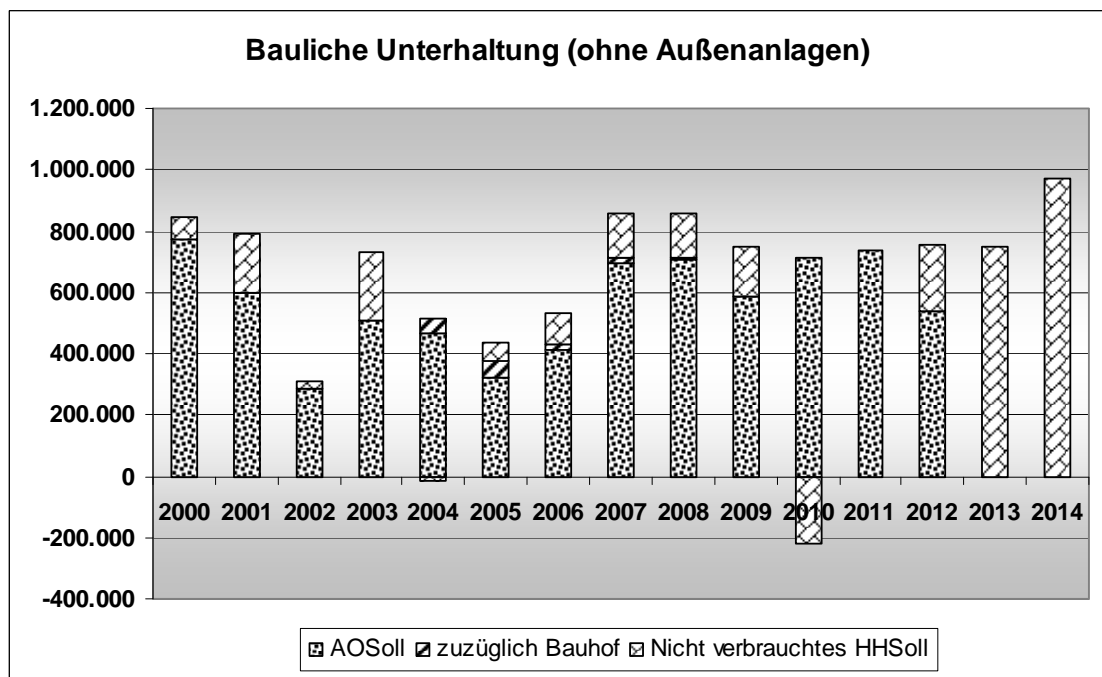
Beispiele dafür sind:

- Personalaufwand

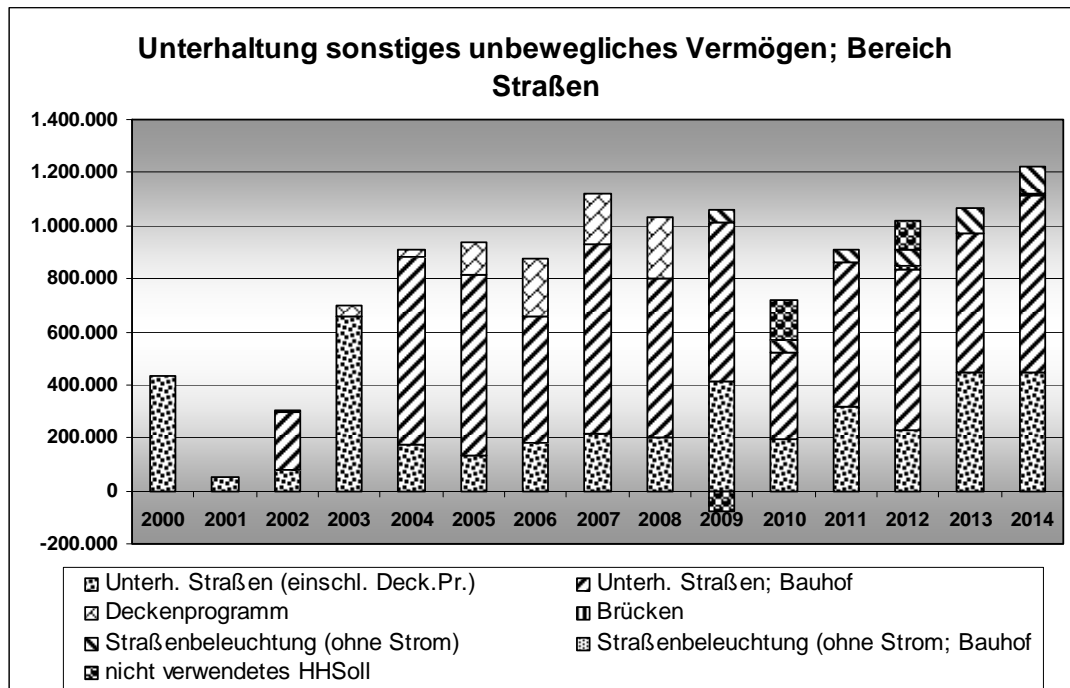


Berücksichtigt wurde der allgemeine tarifliche und personelle Mehrbedarf im Kindertagesstättenbereich.

- Bauliche Unterhaltung



- Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen; Bereich Straßen



Das sonstige unbewegliche Vermögen wird maßgeblich durch den Bereich Straßen bestimmt. Die Notwendigkeit der Substanzerhaltung verlangt einen höheren Unterhaltungsaufwand.

- Kindertagesstätten

Der nicht gedeckte Aufwand (ohne Regie) in diesem Aufgabenbereich beträgt 3.279.668 Euro. Das sind gegenüber 2013 insgesamt 337.024 Euro mehr. Bei einem gerechneten Einnahmenvolumen in Höhe von 1.071.910 Euro beträgt der Gesamtaufwand bei den Kindertagesstätten 4.323.818 Euro.

Weitere wesentliche Veränderungen betreffen Einzelpositionen und können den Anlagen entnommen werden.

Investitionen:

Das Gesamtausgabevolumen beträgt 10.423.850 Euro. Bei Einnahmen in Höhe von 5.733.600 Euro verbleiben durch Kredite zu deckende Ausgaben in Höhe von 4.690.250 Euro.

Die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen können der Anlage entnommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Mittelanmeldungen Produkte
- Anlage 2: Mittelanmeldungen Kostenstellen
- Anlage 3: Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude
- Anlage 4: Mittelanmeldungen Unterhaltung Grundstücke
- Anlage 5: Mittelanmeldungen Bauhof
- Anlage 6: Investitionsprogramm
- Anlage 7: Übersicht über Produkte und Kostenstellen
- Anlage 8: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen

Zu den Anlagen ist folgendes auszuführen:

Die Haushaltsplanung nach doppischen Gesichtspunkten erlaubt ohne umfangreiche zusätzliche Informationen keinen Einblick in Details. Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich auch nicht so gewollt, weil er davon ausgeht, dass die Politik mit dem Haushaltsplan politische und finanzwirtschaftliche Rahmendaten festlegt und es der Verwaltung überlässt, wie im Einzelnen die Ziele erreicht werden. Die Rechtslage sieht diese „Arbeitsteilung“ bewusst so vor.

Die Gemeinde Rastede handelt traditionell allerdings nicht so; sie hat der Politik bisher alle gewünschten Detailinformationen geliefert, die es ihr erlauben, im Einzelnen die Wege zu verfolgen, wie die Verwaltung die beschlossenen Ziele erreicht.

Die Anlagen sind wie folgt zu verstehen:

Die Gemeinde Rastede hat in ihrer Finanzbuchhaltung eine umfangreiche Kostenrechnung implementiert, die es möglich macht, Haushaltsplanung auf Kostenstellenebene durchzuführen und, soweit eine Kostenrechnung nicht besteht, auf Produktebene. Diese grundsätzliche Unterteilung ist der Grund für die sich insoweit unterscheidenden Anlagen Mittelanmeldung - Produkte und Mittelanmeldung - Kostenrechnung. Die Kostenrechnung umfasst die Bereiche Abwasser, Straßenreinigung, Märkte, Kindertagesstätten, Hallenbad und Bauhof.

Eine Sonderstellung nehmen die Anlagen „Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude“ und „Unterhaltung Grundstücke“ ein. Dieser Planungsbereich berührt ausschließlich den Geschäftsbereich Liegenschaften. Diese Organisationseinheit ist eine Service leistende Einrichtung, die grundsätzlich sämtliche Gebäude und Grundstücke bewirtschaftet. Die Erstellung der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde als Gelegenheit genutzt und zum Anlass genommen, je Gebäude und dazugehörige Grundstücke eine Kostenstelle zu bilden und darauf die Haushaltsplanung zu betreiben. Diese detaillierte Planung erlaubt es zudem, kostenstellenseitig Salden auf die Produkte per „Warmmiete“ zu verteilen. Dieser besonderen Form der Haushaltsplanung und der Notwendigkeit einer Warmmietenberechnung ist es gezollt, dass die beiden genannten Anlagen in Form einer Matrix aufgebaut sind. Je Gebäude und dazugehörigem Grundstück kann also die Aufwands- und Ertragssituation betrachtet werden.